verbüßt zu betrachten. Bei dem Strafmaß wurde berücksichtigt, daß nur ein dauernder Schaden von 100 Mk. vorliegt und sich der Angeklagte in einer gewissen Nothlage befunden haben mag; andererseits fiel strafschärfend die Höhe des erstrebten Vermögensvortheils, die Niedrigkeit der Gesinnung und die Verschlagenheit d. S. sowie dessen aus gleichem Anlaß verbüßte Vorstrafe in's Gewicht.

Fortsetzung des örtlichen Theiles auf Seite 4 u. 9.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich. Der Kaiser hat der Generalsynode auf die Mittheilung von der Annahme der Agende folgende Antwort zugehen lassen: Die Meldung von einer einmüthigen Annahme der Agendenvorlage seitens der Generalsynode hat Mich mit Freude und Dank erfüllt. Ich hoffe zu Gott dem Herrn, daß die neue Agende durch freiwillige Annahme seitens der Gemeinden zur Festigung unseres theuren evangelischen Glaubens und zu reicherer und tieferer Erbauung der Gemeinden dienen werde. Das walte Gott!

Wie mit Bestimmtheit verlautet, ist die Ernennung des Oberlandesgerichts-Präsidenten Schönstedt in Celle zum Justizminister bereits vollzogen.

Es verlautet, daß dem Chef der Reichskanzlei, Herrn Goering, der sich nicht kalt stellen lassen will, das Amt eines Präsidenten des Reichspatentamtes angeboten worden sei.

Die „D. Warte" schreibt über die Gründe, die zu dem unfreiwilligen Rücktritt des preußischen Justizministers geführt haben, Folgendes: „Den ersten Anlaß zu einem Dissens zwischen dem Kaiser und Minister hatte der Fall Kirchhoff gegeben. Die Vertheidigung, welche das Vorgehen des Generalmajors v. Kirchhoff seitens des preußischen Kriegsministers im Abgeordnetenhause gefunden, hatte den Justizminister veranlaßt, sowohl dem Kriegsminister gegenüber wie auch später dem Kaiser selbst die Unhaltbarkeit der von dem Kriegsminister aufgestellten Behauptungen vom rechtlichen Standpunkte aus darzuthun. Dies hatte der Kaiser nicht wohl aufgenommen; sein damaliges Verbleiben im Amt ist besonders durch die Intervention des Herrn v. Bötticher gesichert worden. Seitdem hatte der Kaiser wiederholt Veranlassung genommen, seinem Befremden über die wenig straffe und schneidige Rechtsprechung, insbesondere in politischen Prozessen, Ausdruck zu geben. Der Kaiser glaubte dies auf einen Mangel an Energie in der obersten Justizverwaltung zurückführen zu müssen. In dieser Ansicht ist der Kaiser nunmehr durch den neuernannten Herrn v. Köller bestärkt worden, welcher gerade mit Rücksicht auf die Anwendung der neuen Gesetze gegen den Umsturz eine derartige Energie an oberster Stelle als nothwendige Voraussetzung betrachtete." Sollte diese Darstellung richtig sein, so kann man sich der Empfindung nicht erwehren, daß die Unabhängigkeit der Justiz bei derartigen Auffassungen nicht zu ihrem Rechte kommt. Man muß ausnahmsweise einmal dem „B. T." Recht geben, wenn es zu der obigen Mittheilung bemerkt: „Daraus erhellt die Nothwendigkeit nur noch deutlicher, daß die führenden Stellungen mit Männern besetzt werden, die den Muth haben, dem Monarchen die Wahrheit, wie sie sie verstehen, vorzutragen, selbst auf die Gefahr hin, daß ihr Freimuth nicht wohl aufgenommen wird."

Nachdem die zwischen Vertretern des Reiches und der Bundesregierungen eingeleiteten Besprechungen über die Vorschläge der Pensionsquotekommission zu Ende geführt worden sind, ist, wie der „Reichsanzeiger" meldet, die Ausarbeitung eines Gesetzentwurfes, betreffend die Reform des Börsenwesens im Gange. Nach dem Stande der Arbeiten darf angenommen werden, daß der Gesetzentwurf dem Bundesrathe binnen Kurzem wird vorgelegt werden können.

Das Berliner „Volk" schreibt: „Die Ernennung des Oberreichsanwalts Tessendorf zum preußischen Justizminister ist, wie wir hören, durch den neuen Reichskanzler verhindert worden. Fürst Hohenlohe äußerte, die Liberalen seien schon durch die Ernennung Köller's, der im Geruche reaktionärer Neigungen stehe, stutzig geworden. Hätte nun auch der noch viel mehr als „reaktionär" verschrieene Tessendorf in das preußische Ministerium, so würden die liberalen Parteien von vornherein dem „neuesten" Kurse mit Mißtrauen begegnen. Herr v. Boetticher hat dem neuen Reichskanzler gleich nach seiner Ernennung sein Portefeuille zur Verfügung gestellt. Fürst Hohenlohe hat darauf jedoch erwiedert, daß er ihn jetzt auf keinen Fall entbehren könne. In den schmeichelhaftesten Ausdrücken hat er ihn namentlich mit Rücksicht darauf, daß er so vorzüglich eingearbeitet sei, gebeten, im Amte zu bleiben. Wenn er später den Wunsch hege, sich auf einen ruhigeren Posten zurückzuziehen, werde er versuchen, diesem Wunsche zu entsprechen."

Zu dem von der „Köln. Ztg." mitgetheilten Bericht über den Uebertritt der Prinzessin Alix von Hessen zum orthodoxen Glauben erfahren die „B. N. N." von vertrauenswürdiger Seite, daß das Tundschreiben eines Schriftstückes, von welchem in dem Bericht die Rede ist, bereits zu Beginn des Sommers in Darmstadt stattgefunden habe.

Auf einer in Fallersleben (Prov. Hannover) abgehaltenen Versammlung des „Bundes der Landwirthe", wo der Abg. Dr. Dietrich Hahn das Programm des Bundes entwickelte, wurde an ihn die Anfrage gerichtet, wie sich der Bund zur Judenfrage stelle. Dr. Hahn erklärte hierauf, daß der Bund in diesem Stücke auf dem Boden des Antisemitismus stehe, worauf von den anwesenden Vertretern desselben Zusammengehen bei künftigen Wahlen in Aussicht gestellt wurde.

Die „N. Z." schließt einen Artikel mit der Ueberschrift: „Ein Wort der Gefühle und der Pflichten" mit folgenden Sätzen: „Sollte das Wort, welches wir dem Grafen Caprivi so oft zugerufen haben, „Bismarck'sche Politik ohne Bismarck", der Erfüllung entgegengehen, sollte zwischen treuer staatlicher Gesinnung und Verehrung für den Fürsten Bismarck sich kein störender Mißton mehr einschleichen, so wäre die Nation von einem schweren Alpdruck und der Staatswagen von einem lästigen Hemmschuh befreit. Möge es gelingen können, daß die Treue für Kaiser und Reich und die Dankbarkeit für den historischen Bismarck bald zu einer mächtigen Flamme thatenfrohen Nationalgefühls zusammenschlagen."

Hofprediger a. D. Stöcker sprach sich in einer Versammlung der christlich-sozialen Partei mit großer Entschiedenheit gegen eine Bekämpfung der Sozialdemokratie mit bloßen Polizeigesetzen, wie Einschränkung des Versammlungsrechts ꝛc., aus. Einstimmig wurde eine Resolution angenommen, in der erklärt wird, daß die Versammlung in dem Wechsel in den leitenden Stellen des Reichs und Preußens nur dann eine Besserung unserer inneren politischen Lage erblicken könne, wenn endlich eine zielbewußte Politik der Sozialreform auf christlicher Grundlage eingeschlagen werde. Nur mit einer solchen Politik, aber nicht mit Maßregeln zur Beschränkung der bürgerlichen Freiheit könne der kaiserlichen Mahnung zum Kampfe für Religion, Sitte und Ordnung wirksam entsprochen werden.

Von der „Frkf. Ztg." wurde die „Freis. Ztg." jüngst das „widerlichste unter den vielen zipfelhaften Organen in Deutschland" genannt; heut titulirt sie das „Berl. Tagbl." wieder eine geschäftsneidische „Schimpfkorrespondenz;" und schreibt wörtlich mit bekannter Bescheidenheit: „Das „Berliner Tageblatt" hat eine ganze Anzahl wirklicher Redakteure, die nach freisinnigen Grundsätzen das Blatt redigiren; die arme „Freisinnige Zeitung" aber muß sich mit einem — gebildeten Hausknecht behelfen." Das ist der Umgangston zwischen den volksparteilichen Brüdern.

Ueber das Befinden der Fürstin Bismarck meldet die „Münchn. Allg. Ztg.", daß die Fortschritte eines alten Leidens zu Besorgnißen Anlaß geben. Eine unmittelbare Gefahr sei jedoch nicht vorhanden. Die Rückkehr des fürstlichen Paares nach Friedrichsruh sei auf unbestimmte Zeit verschoben worden.

Wegen Verbreitung von Flugblättern mit der Ueberschrift: „Kauft nicht bei Juden!" wurde vor einiger Zeit ein Kaufmann in Thorn mit einem polizeilichen Strafmandat von 6 Mk. bedacht. Auf seine Beschwerde hob das Schöffengericht jedoch die Verfügung auf. In den Erkenntnißgründen heißt es: Es sei Jedem unbenommen, zu kaufen, wo er wolle, daher sei es auch nicht strafbar, wenn Jemand seine Bekannten zum Ankauf an bestimmten Stellen auffordere. Das Anheften solcher Flugblätter an Häusern ꝛc. sei allerdings strafbar, das bloße Verbreiten nicht.

In der französischen Presse hat die Ernennung des Herrn v. Hammerstein-Loxten zum Landwirthschaftsminister zu einer ergötzlichen Verwechselung den Anlaß gegeben. Das „Journal de Débats" veröffentlicht einen längeren Artikel über die „Wendung Kaiser Wilhelms nach rechts", in welchem es sich in komisch wirkenden Raisonnements über die Berufung des Chefredakteurs der „Kreuzztg." v. Hammerstein in's Ministerium ergeht.

Aus zuverlässiger Quelle erfährt die amtliche „Darmst. Ztg.", daß Soldaten, die anläßlich des letzten Manövers „mit sozialistischen Phrasen geschmückte Excesse" begingen, mit schweren militärischen Strafen belegt wurden. Der Haupthäter erhielt unter Ausstoßung aus dem Soldatenstande 6 Jahre Zuchthaus. Der Nächstbelastete erhielt 5 Jahre Gefängniß, der dritte 6 Monate Gefängniß.

Die „Antisemitische Vereinigung für Norddeutschland", welche unter der Führung der Reichstagsabgeordneten Ahlwardt und Prof. Dr. Förster steht, hatte am Sonntag einen „4. Norddeutschen Antisemitentag" nach Berlin einberufen. Der vor fünf Wochen abgehaltene „3. Norddeutsche Antisemitentag" hatte seine Zustimmung zu den Beschlüssen der Eisenacher Einigungsversammlung von der unbeschränkten Aufnahme des Abg. Ahlwardt in die vereinigte Reichstagsfraktion der Antisemiten abhängig gemacht. In Eisenach ist dann mit allen gegen vier Stimmen beschlossen worden, dem Abg. Ahlwardt durch Zulassung als Hospitant eine Brücke zum „gänzlichen Anschluß" zu bauen. Die norddeutschen Abgesandten zu den Eisenacher Verhandlungen glaubten, nachdem sie in eingehender Berichterstattung dem Parteitage ihre Gründe auseinandergesetzt hatten, den vollständigen Beitritt zu den Eisenacher Beschlüssen empfehlen zu können. In einer am Sonnabend abgehaltenen Versammlung war es dieserhalb schon zu heißen Auseinandersetzungen gekommen, die sich am Sonntag zum Theil wiederholten. Ahlwardt, der gegenwärtig wieder Gefängnißluft athmet, hatte sich selbst bereits gefügt, bis er am Sonnabend plötzlichen anderen Sinnes geworden war und einen fulminanten Schreibebrief aus Plötzensee an Hauptmann Hertel, den Vorsitzenden der „Norddeutschen Vereinigung" richtete. In diesem Schreiben beklagte er sich bitter über die schnelle Einberufung des Antisemitentages und zieh den Reichstagsabgeordneten Dr. Förster des Treubruchs: Dieser Herr spiele mit verdeckten Karten und habe offenbar mit den Abgeordneten Liebermann von Sonnenberg und Zimmermann im Einverständniß gehandelt, daß er, Ahlwardt, nach Rückkehr in die Freiheit vor einer vollendeten Thatsache stehe und so gewissermaßen vergewaltigt worden sei. Professor Förster erklärte darauf nochmals seine bereits früher ausdrücklich hervorgehobene Uebereinstimmung mit den Ahlwardt'schen Grundsätzen über die Reformirung der bestehenden Verhältnisse, wie sie in Ahlwardt's „Bundschuh" und in seinem eigenen Programmentwurf enthalten sei. Er wolle seinem alten Freunde die bitteren Worte nicht allzusehr übelnehmen; im Gefängniß hätten sich Ahlwardt's Gedanken verdüstert und jedenfalls sei Ahlwardt, wie dies früher schon geschehen, wieder einmal den Einflüsseen gewisser Ehrenblätter unterlegen, welche ihren Herrn und Meister zum Sprachrohr ihrer selbstsüchtigen Gedanken mißbrauchten. Gegen Ahlwardt's Vorwurf sei er sicher gefeit, denn wenn es auf dem Eisenacher Tage wirklich konsequent zugegangen wäre, hätte er selbst mit von der gänzlichen Vereinigung ausgeschlossen werden müssen, da, wie gesagt, seine politischen und wirthschaftlichen Grundsätze mit denen Ahlwardt's übereinstimmten. Redakteur Dr. Bachler erklärte, es sei ein Widerspruch, wenn Ahlwardt einerseits immer behaupte, er wolle gern dienen und sich unterordnen, während er andererseits darauf bestehe, daß sein Wille überall zur Geltung gelange. Das heiße nach dem Grundsatz verfahren: „Und der König absolut, wenn er unseren Willen thut." Der Parteitag lehnte schließlich den Antrag, sich bis nach der Entlassung Ahlwardt's aus der Haft zu vertagen, ab und nahm unter großem Jubel folgende Erklärung einstimmig an: „Der vierte Norddeutsche Antisemitentag erklärt seine Zustimmung zu den Eisenacher Beschlüssen und spricht den Wunsch aus, daß die im „Bundschuh" und in Prof. Förster's Entwurf niedergelegten Gedanken bei der späteren Berathung eines Programms für die neue Partei Berücksichtigung finden."

Oesterreich. Das von den Wiener Sozialisten einberufene Massenmeeting zu Gunsten des allgemeinen Wahlrechts verlief ruhig. Der nach der Versammlung unter Rufen: „Heraus mit dem allgemeinen Wahlrecht!" und unter Absingung des Arbeiterliedes nach der inneren Stadt angetretene Zug wurde durch die Polizei zerstreut.

In einer Versammlung der Schuhmachergehilfen in Wien kam es zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen den sozialdemokratischen und den christlich-sozialen Arbeitern, der schließlich in eine blutige Schlägerei ausartete, die sich nach der Räumung des Saales durch die Polizei auf der Straße fortsetzte. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen.

Frankreich. Ein Pariser Blatt hatte behauptet, daß der Hauptmann Dreyfus zu dem deutschen Militär-Attaché Major v. Schwartzkoppen in näheren Beziehungen gestanden hätte. Darauf hin hat ein Mitarbeiter des Figaro auf der deutschen Botschaft angefragt, was daran Wahres sei, und die Antwort erhalten, daß der Hauptmann Dreyfus mit dem Major von Schwartzkoppen nie und nimmer in Berührung gekommen wäre.

Italien. Der „Corriere di Napoli" will von einer bevorstehenden Zusammenkunft des Fürsten Hohenlohe mit Crispi in Monza wissen.

Mehrere Hundert Fabrikarbeiter in Rivarola (Piemont) streiken. Ihre drohende Haltung erforderte militärische Maßnahmen. Der Unterpräfekt von Imola wurde durch eine Schaar singender Frauchen insultirt und bedroht.

England. Am Montag wurde vor dem Gerichtsgebäude der London Strand in London eine Bombe mit Zünder entdeckt. Eine Verhaftung wurde nicht vorgenommen.

In Uebereinstimmung mit unserer Auffassung über die Bewegung gegen das Theaters schreibt der „Standard": „Es ist ein offenes Geheimniß, daß die Beziehungen zwischen Deutschland und England in letzter Zeit sich weit weniger kordial als früher gestaltet haben. Deutschland scheint in der That ein Vergnügen daran zu finden, sich unangenehm zu machen. Aber haben wir ein Recht, uns darüber zu wundern? Der deutsche Kaiser ist gegenwärtig bestrebt, die revolutionären Elemente in seinem Reiche zu bekämpfen, und hat zu diesem Zweck alle konservativen Kräfte entboten, sich um ihn zu schaaren. Da sieht er nun, wie der englische Premierminister auf Betrieb der extremsten Gruppe seiner Partei agitirt eine Kampagne gegen das Haus der Peers, organisirt, um den ganzen wohlbekannten Zug eines aristokratischen Radikalismus aufzurühren. Können wir uns wundern, wenn der Kaiser eine Regierung, in der ein so wagehalsiger Minister den Vorsitz führt, mit der tiefsten Abneigung betrachtet und sich durchaus nicht berufen fühlt, deren Aufgabe zu erleichtern? Kein Engländer würde vorschlagen, daß wir unsere innere Politik den Wünschen eines fremden Herrschers anpassen sollten. Es ist aber ein recht unglücklicher Umstand, daß wir uns jetzt keinen Rath wissen und in arger Verlegenheit befinden, gerade wo wir die Mitwirkung der anderen Mächte am meisten nöthig haben, um die Schwierigkeiten, welche durch den japanischen Feldzug entstanden sind, zu beseitigen — Alles nur infolge dieses ebenso verzweifelten wie unwürdigen Parteimanövers, das nicht einmal eine Aussicht auf Erfolg für sich hat."

Einigermaßen als Ueberraschung kommt die Nachricht, daß der berühmte Dr. Cornelius Herz immer noch in Bournemouth hinter Schloß und Riegel sitzt. Zur Zeit, da er in Paris zu fünfjähriger Kerkerhaft und 5000 Franken Strafe verurtheilt wurden, nahm man an, daß damit das Auslieferungsgesuch erledigt sei. Das ist nun nicht der Fall. Nach § 7 des Vertrags zwischen Frankreich und England sind alle in Abwesenheit Verurtheilte im Auslieferungsrechte als Angeklagte anzusehen und demgemäß auszuliefern. Ueber die Auslieferung entscheidet der Gerichtshof in Bow Street, vor welchem der Verklagte persönlich zu erscheinen hat. Ob nun Cornelius Herz wirklich an einer Herz- und Nierenkrankheit leidet, weiß Niemand genau. Jedenfalls stirbt er immer noch nicht daran, wie gewöhnliche Menschen, kann aber ohne Lebensgefahr, wie die Aerzte sagen, nicht die zweistündige Eisenbahnfahrt nach London unternehmen, um sich in Bow Street zu stellen.

Dänemark. Die Prinzessin Waldemar (geborene Marie von Orleans) will sich, wie gemeldet, von ihrem Manne scheiden lassen. Thatsächlich ist die Prinzessin schon seit einem halben Jahre auf Reisen, und sie war auch nicht bei der silbernen Hochzeit ihres Schwagers, des Kronprinzen, anwesend, was großes Aufsehen erregte, zumal, da sie sich damals im Lande selbst, in dem Badeorte Vejle, zum Bade aufhielt. Später reiste sie zu ihrer Familie nach Frankreich, wo sie sich noch aufhält. Die Prinzessin, die im 30. Lebensjahre steht, ist seit 1885 mit dem jetzt 36jährigen Prinzen Waldemar, dem jüngsten Sohne des Königs von Dänemark, vermählt.

Rußland. Der Minister des Auswärtigen hat am 9. d. M. an die diplomatischen Vertretungen Rußlands im Auslande folgenden Runderlaß gerichtet: „Unser erhabener Herrscher hat bei der Uebernahme der obersten Gewalt, welche die unerforschlichen Rathschlüsse der Vorsehung ihm übertragen haben, den festen Entschluß gefaßt, die hohe Aufgabe, die sein geliebter, unvergeßlicher Vater sich gestellt hatte, in ihrem ganzen Umfange zu übernehmen. Se. Majestät wird alle seine Kraft der Entwickelung des inneren Wohlstandes Rußlands weihen und in nichts von der durchaus friedlichen, loyalen und festen Politik abweichen, die so mächtig zur allgemeinen Beruhigung beigetragen hat. Rußland wird seinen Traditionen treu bleiben, mit allen Mächten freundschaftliche Beziehungen zu unterhalten und fortzusetzen und in der Achtung vor dem Rechte und der gesetzlichen Ordnung die beste Gewähr für die Sicherheit des Staates zu erblicken. Bei Beginn der glorreichen Regierung, die jetzt der Geschichte angehört, bestanden die erstrebten Ziele nur in dem Ideale eines zu seinem eigenen Besten und zu Niemandes Schaden starken und glücklichen Rußland. Heute beim Beginn einer neuen Regierung bekennen wir uns mit gleicher Aufrichtigkeit zu denselben Grundsätzen und erflehen den Segen des Herrn, daß diese Grundsätze lange Jahre hindurch Segen bringen und unveränderlich zur Anwendung gelangen. — Sie wollen diese Kundgebungen des Kaisers zur Kenntniß der Regierung bringen, bei der Sie beglaubigt sind, und den gegenwärtigen Erlaß dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten vorlegen."

Die Vermählung des Czaren mit der Prinzessin Alix findet am 26. November statt.

Kaiser Nikolaus verlieh dem Professor Sacharjin eine werthvolle Tabatière mit dem Porträt des Kaisers Alexander.

In Petersburger diplomatischen Kreisen glaubt man, daß demnächst ein hessen-darmstädtischer Gesandter beim russischen Kaiserhofe ernannt werden wird.

Aus Petersburg wird gemeldet: Die Czarin hat in ihrer Danksagepesche auf Perier's Beileidstelegramm bemerkt, sie hoffe, Perier noch persönlich ihren Dank aussprechen zu können.

Die Leiche des Kaisers Alexander ist gestern Vormittag 10 Uhr in Petersburg eingetroffen. Kanonenschüsse kündigten an, daß sich der Trauerzug vom Bahnhofe nach der Peter-Pauls-Kathedrale in Bewegung gesetzt habe.

Wie man der „Frkf. Ztg." von bestunterrichteter Seite mittheilt, befindet man sich mit Bezug auf die herkömmliche Aufbahrung der kaiserlichen Leiche auf dem Paradebette in der peinlichsten Verlegenheit, und es ist sehr leicht möglich, daß diese Ausstellung gar nicht stattfinden kann. Die Einbalsamirung ist nämlich zu spät unternommen worden, so daß der Fäulnißprozeß bereits vor der Ankunft der mit der Einbalsamirung betrauten Personen in Livadia ganz unglaubliche Verwüstungen an der Leiche angerichtet hatte und nur sehr wenig gethan werden konnte, um die weitere Auflösung aufzuhalten.

Türkei. In der macedonischen Stadt Kumanowo wurde in der orthodoxen Kirche während des Gottesdienstes der bulgarische Pope Jowanow vor dem Altar durch einen Schuß getödtet. Der Mörder, ein fanatischer Serbe, entfloh nach Serbien.

Asien. Ein Telegramm des „New-York Herald" aus Shanghai berichtet: Die Japaner proklamiren in China, der Krieg sei nur gegen die Mandschu-Dynastie, nicht gegen die Nation gerichtet; demzufolge desertiren die chinesischen Soldaten haufenweise. Der Kaiser ist in Peking am Fieber erkrankt.

Aus Tschifu wird gemeldet: Die japanische Flotte recognoscirte zwischen Tschifu und Weihaiwei. Die Schiffe des Nanjang-Geschwaders haben sich im Golf von Petschili mit der Peiyang-Flotte vereinigt. Gegenwärtig sind 20000 Japaner in Port Arthur.

Das Uebereinkommen betreffs Pamirs, worauf Lord Rosebery in der Guildhall-Rede hindeutete, bestimmt als Grenze der russischen Einflußsphäre die Flußläufe Murghab und Aksu, als Grenze der englischen Einflußsphäre die Flußläufe Panjan und Sharan. Das Uebereinkommen wird als ein modus vivendi, aber nicht als endgiltige Lösung gedacht.

Japan verlangte eingehende Details in Betreff der amerikanischen Intervention, worauf der amerikanische Staatssekretär Gresham eine umfassende Antwort zusagte.

Kunst und Wissenschaft.

† In der Königl. Hofoper gelangt heute „Der fliegende Holländer" zur Aufführung mit Frau Wittich, Frl. Fröhlich, Herren Perron, Keller und Erl.

† Im Musikhause findet heute das Concert des Böhmischen Streich-Quartettes: Herren Carl Hoffmann, Joseph Suk, Oskar Nedbal und Hans Wihan statt.

† Das Concert von Frau Mary Krebs wird durch den Besuch Sr. Majestät des Königs und Ihrer Königl. Hoheiten Prinz Georg und Prinzeß Mathilde ausgezeichnet werden.

† Der Verein Hans Holbein veranstaltet am Freitag den 16. d. M. ein Concert unter Mitwirkung künstlerischer Kräfte im Musikhause.

† Pablo de Sarasate wird in seinem Concert, am 17. d. M., das erste Concert von Bruch und das Concert von Mendelssohn spielen.

† Der zweite Kammermusik-Abend von Frau Margarete Stern, den Herren Concertmeister Petri und Freiherrn von Liliencron findet am 5. Dezember statt.

† Herr Jean Louis Nicode hält seinen zweiten Orchesterabend am 12. Dezember im Gewerbehause ab.

† Das Repertoir für das Mattowsky-Gastspiel im Residenztheater ist neuerdings wie nachstehend definitiv festgesetzt worden: Freitag den 16. d. M.: „Das Leben ein Traum"; Sonnabend den 17. und Sonntag den 18.: „Anna Lise"; Montag, Dienstag, Donnerstag, Freitag und Sonnabend der nächsten Woche die Lustspiel-Novität: „Wie die Alten jungen"; Sonntag den 25.: „Rosokolnikow"; Montag den 26. und folgende Tage: „Wie die Alten jungen".

† Der Dirigent der Bühnenmusik des Königl. Hoftheaters, Herr Franz Kießling, feiert übermorgen, Freitag, den 16. d. M., sein 25jähriges Dienstjubiläum als Mitglied und Bühnendirigent der Königl. Hofbühne. Mit dieser Feier verbunden ist zugleich das 10jährige Jubiläum als Dirigent, als welcher Herr Kießling zuerst am 1. Dezember 1884 in der Eigenschaft eines Bataillons-Musikdirektors beim 5. Infanterie-Bataillon in Chemnitz eintrat. Was Herr Kießling als Dirigent der Bühnenmusik am Königl. Hoftheater in diesen 25 Jahren geleistet hat, ist allgemein bekannt. Sein Eifer und Verständniß für die Sache haben ihm nicht nur bei seinen Vorgesetzten, sondern auch in weiteren Kreisen der musikalischen Welt Achtung in hohem Maße verschafft. Musiker vom Schlage Kießling's, die für alle Tonwerkinstrumente das gleiche intelligente Verständniß besitzen, werden in unserer Zeit immer seltener. Möge der wackere Künstler noch lange in seiner nicht leichten und verantwortungsreichen Stellung wirken.

† Frl. Edith Walker, die oft mit Vorzug genannte junge Amerikanerin, die kürzlich ihre Studien bei Frl. Aglaja Orgeni vollendete, hat vorgestern in der Berliner Königl. Hofoper als Fidès („Prophet") mit großem Erfolge debutirt. Die „Nat. Ztg." berichtet über diesen ersten theatralischen Versuch: „Die junge Sängerin verfügt über eine ausdrucksvolle Stimme von ungewöhnlicher Größe des Umfanges, und hat eine vorzügliche Ausbildung genossen. Selten begegnet man einer solchen Gleichmäßigkeit des Klanges in allen Lagen und solcher Sicherheit in der Ausführung der musikalischen Intentionen bei einer Dame, die, wie wir erfahren, zum ersten Male auf der Bühne stand und auch unverkennbare Zeichen der Befangenheit bemerken ließ. In der „Segensarie" erweiterte sie am Schluß den Umfang des Akkordes um eine Terz nach oben und ging dann in der von Meyerbeer vorgezeichneten Variante in die kleine Oktave hinab, entfaltete also vom kleinen Fis bis zum zweigestrichenen H einen Umfang von zwei Oktaven und einer Quarte, der nach oben noch der Erweiterung fähig zu sein schien. Dabei hat die Stimme den Vorzug, daß sie sich ohne Anstrengung in dem schwierigen Raume des Opernhauses behauptet." Ans Engagement zielt das Gastspiel vorläufig nicht ab, da Frl. Walker zunächst für längere Zeit in ihre Heimath zurückkehren will.

† Die amtliche Publikation der Ernennung des Reichstagsabgeordneten Baron Roycsa zum Intendanten des National-Theaters und der Oper in Budapest wird demnächst erfolgen.

† Im Berliner Königl. Schauspielhause ist vorgestern „Maria Stuart" zum 800. Male in Scene gegangen. Die erste Aufführung des Werkes fand in Berlin vor 91 Jahren statt.

† Auf der großen Vestibülkuppel des neuen Reichstagsgebäudes in Berlin hat vorgestern eine Musikprobe stattgefunden, der auch Herr v. Bötticher beiwohnte. Auf Wunsch des Kaisers waren hierzu 80 Musiker des Rostel'schen Posaunenblöserbundes ausgewählt. Zur Aufführung gelangten vier Stücke, die bei der Eröffnung und Schlußsteinlegung am 5. Dezember gespielt werden sollen.

† Die Aufführung des „Sang an Aegir" hat in Stuttgart keinen Erfolg erzielt. Man schreibt hierüber aus Stuttgart: „Das Publikum verhielt sich sehr kühl, obwohl man hätte voraussetzen sollen, daß die Komposition mit ihren lebhaften Anklängen an die „Wacht am Rhein", „Das Schiff streicht durch die Wellen" und Anderes nicht ohne anheimelnde Wirkung geblieben wäre."

† Der Direktor des Chemnitzer Stadttheaters und des dortigen Thaliatheaters, Herr Richard Jesse, wurde vom Stadtrath zu Chemnitz in Anerkennung seiner vorzüglichen Direktionsführung wiederum bis zum Jahre 1898 verpflichtet; das Theater hat in den letzten Jahren einen bedeutenden Aufschwung genommen.

† Frau Eleonora Duse spielt im Münchener Hoftheater vor — leerem Hause. „Die Erscheinung", bemerkt die „Allg. Ztg.", „ist wohl darauf zurückzuführen, daß Frau Duse binnen wenigen Monaten zum zweiten Mal hier in ganz denselben Stücken auftritt".

Hotel zum Goldnen Engel, Dresden
Wirthschaftsbetrieb, Schöne Preise, herrlicher Küche, Abend-Restaurant.
Nr. 348. Seite 3. Mittwoch, 14. Novbr. 1894